

INHALT

1. CDU: Nicht-Kürzungen bei der Hochschulmedizin kein Grund für Jubelstürme
2. CDU: Deutsch-dänischer Rahmenplan liefert keine neuen Erkenntnisse
3. CDU lehnt landeseigenes Klimaschutzgesetz ab
4. Hohe Aufklärungsquote ist für SPD-Innenminister bei Einbrüchen kein vorrangiges Ziel
5. CDU fordert mehr Investitionen in Krankenhäuser
6. Landtag will Strategie für den Nordseeraum entwickeln

22.01.2015

**CDU: Nicht-Kürzungen bei der Hochschulmedizin kein Grund für Jubelstürme
Landesregierung kann Verantwortung nicht abschieben**



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Die zunächst geplanten Kürzungen bei der Hochschulmedizin, die die Regierungskoalition nach öffentlichem Druck mittlerweile wieder zurückgenommen hat, und die Neuordnung der Hochschulmedizin waren heute Auslöser einer hitzigen Debatte. Für die nicht erfolgten Kürzungen könne sich die Regierungskoalition nicht feiern lassen, erklärte CDU-Fraktionschef Günther in seiner Rede. Er warf SPD, Grüne und SSW vor, die Hochschulen zu vernachlässigen. Diese seien durch die vollständige Verweigerung der Bafög-Millionen in Höhe von 36,4 Millionen Euro bereits genug gestraft. Die geplante Neuordnung der Hochschulmedizin dürfe nicht zulasten von Forschung und Lehre gehen.

Die Landesregierung hatte beim Stabilitätsrat Kürzungen in Höhe von 10 Millionen Euro in der medizinischen Forschung und Lehre sowie weitere 10 Millionen für das UKSH angemeldet. Nach öffentlichem Protest war die Regierungskoalition kurzerhand zurückgerudert und hatte die ersten zehn Millionen vom Tisch genommen. Dabei versuchte sie, den Eindruck zu erwecken, dass die gemeldeten Kürzungen ihr gar nicht bekannt gewesen seien. Auf dem Jahresempfang der Lübecker IHK bezeichnete Ministerpräsident Torsten Albig die Presseberichterstattung über die Kürzungen sogar als Falschmeldung. Im Finanzausschuss hatte Ministerin Monika Heinold klargestellt, diese seien kein „Überraschungscoup“ gewesen. Ihnen sei eine längere Planung vorausgegangen.

Fraktionschef Günther kritisierte das Verhalten des Ministerpräsidenten. Er sei nicht derjenige, der die Landesregierung führe. „Wo waren Sie, Herr Albig, als Frau Heinold die 10 Millionen Euro beim Stabilitätsrat angemeldet hat. Wo waren Sie bei den Verhandlungen mit den Hochschulen?“ Das Verhalten von Wissenschaftsministerin Alheit in der Diskussion um die Kürzungen habe gezeigt, dass sie ein politisches Leichtgewicht sei. Alheit hatte die Kürzungen zunächst verteidigt, um dann den Verzicht als „klares Signal an die Hochschulen“ zu loben. In der heutigen Debatte führte die Ministerin aus, bei den ursprünglich geplanten Kürzungen habe es sich lediglich um eine Konkretisierung eines von CDU und FDP vorgelegten Vorgängerberichtes gehandelt. CDU-Finanzexperte Koch widersprach und berief sich auf die einzelnen Berichte der Landesregierung an den Stabilitätsrat. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther forderte den Ministerpräsidenten auf, die Äußerungen von Wissenschaftsministerin Alheit richtig zu stellen. Dieser kam der Aufforderung jedoch nicht nach.

CDU-Finanzexperte Tobias Koch wies in einem Dreiminutenbeitrag erneut darauf hin, dass die 10-Millionen-Kürzungen beim UKSH dem Stabilitätsrat gar nicht hätten gemeldet werden dürfen. Diese Mittel seien nicht Bestandteil des Landeshaushaltes. Das Land könne aber nur Maßnahmen nach Berlin melden, die auf diesen Auswirkungen haben. Damit habe die Landesregierung eine Falschmeldung nach Berlin abgegeben.

Den Tagesordnungspunkt hatte die FDP angemeldet. Ihr Antrag „Kein Ausbluten der Hochschulmedizin“, dem die CDU in der Abstimmung ihre Zustimmung erteilte, scheiterte am Widerstand der Regierungskoalition. Der Antrag der Regierungsfaktionen, in dem diese die gefundene Einigung mit den Hochschulen „begrüßen“, erhielt die nötige Mehrheit. Einstimmig bekräftigte der Landtag einen Beschluss des Finanzausschusses vom 15. Januar, in dem sich dieser einstimmig gegen die Kürzungen ausgesprochen hatte.

CDU: Deutsch-dänischer Rahmenplan liefert keine neuen Erkenntnisse Grüne bekräftigen ihre ablehnende Haltung zur Festen Fehmarnbeltquerung

Mit einer Regierungserklärung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit begann die heutige Landtagssitzung. Europaministerin Spoorendonk stellte darin einen Rahmenplan für die deutsch-dänische Kooperation vor. Dieser sieht unter anderem vor, Cluster in Schleswig-Holstein und Dänemark, zum Beispiel in der Wirtschaft oder Energie, enger miteinander zu verbinden.

CDU-Europapolitikerin Astrid Damerow betonte; „Eine neue Verpackung schafft keine neuen Inhalte.“ Der Rahmenplan sei im Wesentlichen eine Fortschreibung der Dänemark-Strategie aus dem Jahr 2011, die der frühere Ministerpräsident Carstensen und sein Kabinett auf den Weg gebracht hatten. „Die enge Kooperation mit unserem Nachbarn Dänemark bleibt eine ständige Aufgabe. Auch das ist keine Neuigkeit,“ betonte Damerow.

In der Debatte bekräftigte Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben die Ablehnung der Grünen

gegenüber der festen Fehmarnbeltquerung. Damerow hatte zuvor in ihrer Rede auf die Chancen der Querung hingewiesen. „Hier würde es helfen, wenn es innerhalb der Landesregierung eine einheitliche Linie gäbe“, so die CDU-Abgeordnete.



Astrid Damerow, MdL

CDU lehnt landeseigenes Klimaschutzgesetz ab Kommunen drohen zusätzliche Aufgaben



Heiner Rickers, MdL

In einem 27-seitigen Bericht hat Umweltminister Habeck heute im Landtag seine Eckpunkte für ein landeseigenes Klimaschutzgesetz vorgelegt.

Für die CDU-Landtagsfraktion unterstrich der agrar- und umweltpolitische Sprecher Heiner Rickers in der Debatte: „Wir streiten uns nicht über das Ziel, sondern über den Weg“.

Er warf der Landesregierung vor, in ihrem Bericht an vielen Stellen vage zu bleiben und Verantwortung unter anderem auf die Kommunen abzuschieben. Dabei gebe es seit Dezember 2014 ein Aktionsprogramm des SPD-geführten Bundesumweltministeriums. Dort sei die Diskussion schon weiter als im Lande.

„Wo sind Ihre konkreten Vorstellungen zu Förderungen im Lande? Sie beschränken sich vor allem auf Landes- und Kommunalliegenschaften, verschweigen aber, mit welchem Geld die Sanierung erfolgen soll. Gänzlich offen bleibt die Frage nach den Gesamtkosten“, bemängelte

Rickers.

Zudem vermisse er Bereiche, wo ein „großer Hebel“ angesetzt werden könne. Als Beispiel nannte Rickers die unzulänglichen Bereiche der Energieerzeugung und Energieeinsparung. Auch werde zum Straßenverkehr keine Aussage getroffen. „Hier ist der Bericht deutlich zu dünn“, so Rickers. Auch für das Land bedeutende Punkte wie die Errichtung von Kleinwindanlagen vermisse er völlig.

Rickers sprach sich dafür aus, von einem eigenen Landesgesetz Abstand zu nehmen, da ohne eine gesetzliche Regelung das Land wesentlich flexibler handeln könne, zumal weitergehende bundeseinheitliche Regelungen bestünden.

Link zum Bericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2500/drucksache-18-2580.pdf>

Hohe Aufklärungsquote ist für SPD-Innenminister bei Einbrüchen kein vorrangiges Ziel CDU: Entwicklung der Einbruchskriminalität ist dramatisch



Innenexperte Dr. Axel Bernstein

CDU-Innenexperte Dr. Axel Bernstein hat der Landesregierung in seinem heutigen Debattenbeitrag vorgeworfen, hinsichtlich der Bekämpfung der Einbruchskriminalität im Land einen Offenbarungseid abzugeben. Eine Erhöhung der Aufklärungsquote ist laut Innenminister nicht das vorrangige Ziel des Konzeptes der Landesregierung zur Bekämpfung des Einbruchsdiebstahls. „Ich finde eine solche Haltung schlicht nicht hinnehmbar“, erklärte Bernstein in seiner Rede.

Die aus dem Bericht hervorgehende Entwicklung des Einbruchsdiebstahls bezeichnete der CDU-Abgeordnete als dramatisch. Einbruchskriminalität sei zu einem großen Teil organisierte Kriminalität. Die Anzahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle im Land sei in den vergangenen 10 Jahren von 4.962 auf 7.534 gestiegen. In manchen Kreisen habe sie sich verdreifacht. Hinzu kämen 5.463 Einbrüche in Gewerbeobjekte. Die Zahl der versuchten Delikte sei von 1.904 auf 3.037 gestiegen. Demgegenüber sei die Aufklärungsquote in den vergangenen 10 Jahren von gut 15 Prozent auf 10,2 Prozent gesunken.

„Es besteht dringender Handlungsbedarf. Einbruchskriminalität, insbesondere Wohnungseinbrüche, sind Taten, die unmittelbar in die Privatsphäre, in den geschützten

Bereich der eigenen Wohnung eingreifen. Sie hinterlassen bei den Opfern Spuren, die weit über den materiellen Schaden hinausgehen“, so Bernstein.

Link zum Bericht des Innenministers:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2500/drucksache-18-2585.pdf>

CDU fordert mehr Investitionen in Krankenhäuser Aufstockung der Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erforderlich

Die Fraktion der FDP hatte in der heutigen Sitzung gefordert eine Anschlussregelung für die Finanzierung von Investitionen im Krankenhausbereich zu treffen. Die bisherige Regelung greift bis 2020. Allerdings bedarf es gerade im Krankenhausbereich langfristiger Planung, so dass die Finanzierung auch darüber hinaus bereits jetzt schon sichergestellt werden soll.

In der Forderung nach einer schnellen Anschlussregelung waren sich CDU und FDP einig. Den zukünftig zu beschreitende Weg, stellte sich der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch, allerdings ganz anders vor:

„Eine Aufstockung der Krankenhausinvestitionen sowie eine Anschlussregelung über 2020 hinaus kann nur durch direkte Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erfolgen. Die dafür in diesem Jahr eingestellten 10 Millionen Euro sind der richtige Ansatz, aber eben auch nur ein Anfang,“so Koch.



Tobias Koch, MdL

Landtag will Strategie für den Nordseeraum entwickeln CDU: Nicht nur Ziele aufzählen, sondern auch die Wege definieren

In der heutigen Plenartagung einigten sich die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages einstimmig darauf, eine Strategie für den Nordseeraum zu entwickeln. Ebenso wie der Ostseeraum sei die Nordsee eine Region mit beeindruckenden Entwicklungen und mit großen Zukunftschancen. Hauptziel soll der Aufbau einer gemeinsamen Identität sein.

In diesem Punkt herrschte also Konsens zwischen den Fraktionen des Landtages. Seit längerer Zeit gibt es gemeinsame Gremien der Parlamente und der Regierungen der Nordseerainer.

Volker Dornquast, hafenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, gab allerdings zu bedenken: „Wir müssen uns fragen, ob der Kooperation von Landtag und Landesregierung in der Nordseekommission eine optimale Koordinierung der Ministerien selbst und der Gremien des Landtages vorausgehen, oder hier nicht weitere Verbesserungen möglich und nötig sind. Und ich glaube, wir dürfen uns dabei auch nicht scheuen, über Kapazitätsfragen nachzudenken, wenn wir über eine Ausweitung dieser Aufgabe diskutieren.“

Zunächst brauche Schleswig-Holstein eine eigene Strategie, wie es in diese Kooperation gehen wolle. Diese sei nur in Teilaspekten vorhanden. Dornquast hofft, dass in der Ausschussberatung die Inhalte weiter präzisiert werden können, damit neben den Zielen auch die Wege zur Erreichung dieser Ziele definiert würden.



Volker Dornquast, MdB

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de